

ENTWURF DER ANTWORT

auf das Postulat Nr. 4.091

von Grossrat Jean-Marie Schmid (CVPO) betreffend Berggebietsgemeinden und ländliche Räume im Wallis: Wie werden sie ab 2008 in ihrer Entwicklung gefördert? (09.10.2007)

Der Abgeordnete Jean-Marie Schmid verlangt im Zusammenhang mit der Neuen Regionalpolitik (NRP) des Bundes, welche am 01. Januar 2008 in Kraft getreten ist, dass der Kanton Wallis eine Lageanalyse für die entwicklungsschwachen Berggebiete und ländliche Räume bis Mitte 2008 erstellt. Zudem soll ein kantonales Konzept erstellt und dem Parlament vorgelegt werden.

Die Neue Regionalpolitik des Bundes legt die Schwerpunkte für die direkte Förderung in erster Priorität auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die regionale Exportwirtschaft (z.B. Präzisionsindustrie im Jura oder Tourismus im Alpenraum). In zweiter Priorität und subsidiär zu den entsprechenden Sektoralpolitiken sind Produktions- und Dienstleistungsstrukturen von Interesse, die sich auf spezifische Ressourcen der Berggebiete und ländlichen Räume abstützen: Energie, Agrarwirtschaft, Bildung.

Der Kanton Wallis hat die Bedürfnisse der Berggebiete und des ländlichen Raumes ebenfalls erkannt und deshalb im Entwurf des kantonalen Ausführungsgesetz zur Neuen Regionalpolitik ausdrücklich festgehalten, dass der Staatsrat „im Rahmen der kantonalen Regionalpolitik die Zonen, die spezifische Problemstellungen des Berggebiets und des ländlichen Raums aufweisen, bestimmt. Der Staatsrat legt für diese Zonen nach Anhörung der Regionen und im Rahmen seiner Regionalpolitik in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinwesen eine Entwicklungsstrategie fest, um das Potenzial jeder einzelnen Region bestmöglich auszuschöpfen.“

Das Postulat entspricht dem Sinne des Entwurfes des kantonalen Gesetzes über die Neue Regionalpolitik, welches momentan von der thematischen Kommission Volkswirtschaft und Energie des Grossen Rates beraten, und noch in diesem Jahr im Grossen Rat behandelt wird.

In diesem Sinne schlagen wir vor, das Postulat anzunehmen, unter Vorbehalt der Anpassung der genannten Termine, und die Forderungen mit Hilfe des neuen kantonalen Gesetzes umzusetzen.

Postulat angenommen.

Sitten, den 23. April 2008